

Landkreis Gießen

Der Kreisausschuss

Gießen, 10.07.2023

Dezernat I
Die Landrätin

| | |
|------------|-------------------------|
| Name: | Anita Schneider |
| Telefon: | 06 41 - 93 90 1737 |
| Fax: | 06 41 - 93 90 16 00 |
| E-Mail: | anita.schneider@lkgi.de |
| Gebäude: F | Raum: F112 a |

Stabsstelle 91

im Hause

Kreistagssitzung am 10. Juli 2023 **Frage des Kreisausländerbeirates**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Kreisausländerbeirat stellt seinen Fragen folgende Bemerkung voran:

In der dritten Juniwoche kam es zu einem schweren Bootsunglück vor Griechenland, bei dem die griechischen Behörden von mehr als 500 toten Geflüchteten ausgehen (vgl.: <<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/bootsunglueck-vor-griechenland-behoerden-rechnen-mit-ueber-500-toten-18965061.html>> abgerufen 28.06.2023).

Vor 3 Jahren hat der Kreistag in der Kreistagssitzung im Juni 2020 dem Antrag des Kreisausländerbeirates „Aufnahme von aus Seenot geretteten Geflüchteten“ zugestimmt.

Konkret wurde dabei beschlossen, dass der Landkreis Gießen

- ein Einvernehmen herstellt mit dem Bundesministerium für Inneres und Sport, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland Hessen, mit dem Ziel aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsschiff, ähnlich eines Relocation-Programms, direkt und unkompliziert aufzunehmen und unterzubringen
- die hierfür notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, zur Verfügung stellt

- die Forderungen des Bündnisses „Städte sicherer Häfen“ politisch verfolgt und Gewicht verleiht, und sich beim Land Hessen und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Flüchtenden einsetzt
- alle unternommenen Handlungen, mit denen der Landkreis zu einem Sicheren Hafen wird, veröffentlicht.

Die Frage des Kreisausländerbeirates mit folgendem Wortlaut:

Wie wurden die oben genannten Punkte konkret umgesetzt, und wie viele der im Beschluss genannten Menschen wurden tatsächlich zusätzlich im Landkreis Gießen aufgenommen?

beantworte ich wie folgt:

Der Landkreis Gießen ist gemäß des Kreistagsbeschlusses vom 29. Juni 2020 dem „Bündnis Städte Sicherer Häfen“ (BSSH) beigetreten.

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam, Herr Mike Schubert, vertritt die Interessen des Bündnisses nach außen. Hierbei pflegt er einen regelmäßigen Kontakt zum Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie zu weiteren Akteur:innen.

Darüber hinaus erfolgt die Vertretung der Interessen der Hessischen Mitglieder des BSSH (u. a. Darmstadt, Gemeinde Egelsbach, Gießen, Landkreis Gießen, Marburg und Rüsselsheim) durch die sogenannte Länderkoordination. Diese hatte bis November 2022 die Stadt Gießen und seit November 2022 die Stadt Marburg, vertreten durch Herrn Oberbürgermeister Thomas Spies, inne. Diese Vertretung richtet sich in das BSSH hinein aber auch nach außen.

So formulierte Herr Oberbürgermeister Spies im Namen der hessischen Bündnismitglieder in einem Schreiben vom 09. Mai 2023 an Herrn Ministerpräsidenten Rhein die Forderung, die mit unausgewogenen Begrifflichkeiten (Überlastung, Überforderung, Brandbriefe etc.) dargestellte Belastung der Städte und Gemeinden im Rahmen der Flüchtlingsunterbringung differenzierter darzustellen. (Das Schreiben wird der Antwort beigefügt und zu Protokoll gegeben.)

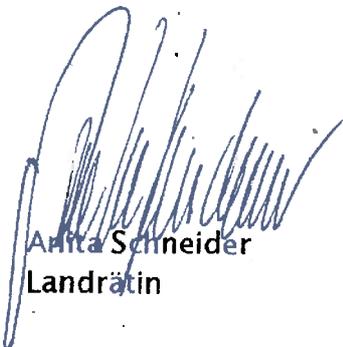
Nach wie vor fordern die 121 Mitgliedskommunen des BSSH, eine zusätzliche Aufnahme von aus Seenot und aus unmenschlichen Lagern geretteten Menschen möglich zu machen.

Ebenfalls wurde Herrn Ministerpräsident Rhein das bundesweit abgestimmte Positionspapier des BSSH zur Kenntnis gegeben. (Das Positionspapier wird der Antwort beigefügt und zu Protokoll gegeben.) All dies verbunden mit der Forderung, diese Sichtweise bei dem Bund-Länder-Flüchtlingsgipfel zu berücksichtigen.

Die Öffentlichkeitsarbeit zu den Aktivitäten des Bündnisses erfolgt – jeweils im Namen der Mitgliedskommunen - zentral durch die Bundesvertretung und in Teilen durch die Länderkoordinationen.

Trotz bestehender Kapazitäten für eine menschenwürdige und die Integration fördernde Unterbringung von Geflohenen in den Bündniskommunen, sind bislang noch keine aus der Bündnisforderung heraus resultierenden Sonderzuweisungen erfolgt.

Neben der Forderung einer auskömmlichen Finanzierung der Kosten für die Flüchtlingsunterbringung durch den Bund wird auch weiterhin und immer wieder die Bereitschaft und Fähigkeit der Bündnismitglieder, Geflohene auch über die regulären Verteilquoten hinausgehend aufzunehmen, gegenüber der Bundesregierung formuliert.



Anita Schneider
Landrätin

Der Oberbürgermeister der Universitätsstadt Marburg • 35035 Marburg

Hessischen Ministerpräsidenten Herrn Boris Rhein
Georg-August-Zinn-Str. 1
65183 Wiesbaden

DR. THOMAS SPIES

Oberbürgermeister

Marburg, 09. Mai 2023

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

im Vorfeld des morgigen Flüchtlingsgipfels zwischen Bund und Ländern ist es uns wichtig, die Perspektive Marburgs und weiterer hessischer Städte einzubringen. Die Universitätsstadt Marburg ist eines der Gründungsmitglieder des Bündnisses Städte Sicherer Häfen, eine der erstunterzeichnenden Städte der Potsdamer Erklärung und übernimmt für die hessischen Städte des Netzwerks aktuell die Länderkoordination.

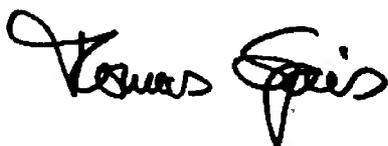
In der vergangenen Woche hat sich das Bündnis intern abgestimmt. Dabei ist deutlich geworden, dass die aktuelle Nutzung von Begrifflichkeiten wie Überlastung, Überforderung, von Brandbriefen, von Berichten, Städte würden an ihre Grenzen kommen, uns zu unausgewogen erscheint.

Auch Marburg ist seit Beginn des Ukrainekrieges in einer besonderen Situation, in der wir schnell reagieren müssen, in der die Kapazitäten zur Unterbringung teils knapp werden. Doch als Mitglied der sicheren Häfen haben wir uns eine humanitäre Aufnahmepolitik zum Ziel gesetzt und an diesem wollen wir weiterhin festhalten.

Es ist uns ein gemeinsames Anliegen, dass diese Perspektive auch in der Hessischen Positionierung Beachtung findet. Wir bitten Sie, dies auch in Ihrem morgigen Austausch mit der Bundesregierung zu berücksichtigen. Denn weiterhin fordern wir als Bündnis mit 121 Mitgliedskommunen, eine zusätzliche Aufnahme aus Seenot oder unmenschlichen Lagern geretteten Menschen möglich zu machen, so dass Kommunen, die noch Kapazitäten haben, diese Möglichkeit auch ergreifen können. Ein Gegeneinanderstellen von Geflüchteten aus der Ukraine und dem globalen Süden lehnen wir entschieden ab.

Mit diesem Schreiben schicken wir Ihnen ebenfalls ein abgestimmtes Positionspapier der sicheren Häfen, unterzeichnet vom Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam, Herrn Mike Schubert stellvertretend für die Koordinierungsstelle des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“. Wir bitten Sie, dies in Ihrem morgigen Austausch zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen





Bündnis Städte Sicherer Häfen

Positionspapier 2023 in Vorbereitung des Bund-Länder-Flüchtlingsgipfels am 10. Mai 2023

Anlässlich des Bund-Länder-Flüchtlingsgipfels am 10. Mai 2023 möchten wir als Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ mit aktuell 121 Mitgliedern Stellung beziehen. Wir möchten im aktuellen Diskurs für eine differenzierte Betrachtung werben, die auch die Notlage der Geflüchteten selbst mit einbezieht.

Die Zahl der Menschen auf der Flucht ist in den letzten Jahren stark gestiegen, weltweit sind es aktuell knapp 103 Millionen Menschen, davon ca. 45 Millionen Menschen außerhalb ihres Herkunftslandes. Die überwiegende Mehrheit flieht vor Kriegen, Konflikten und Verfolgung. Die Anzahl der Geflüchteten, die in Europa und Deutschland Schutz suchen, ist im Jahr 2022 deutlich gestiegen. Parallel sind Millionen Geflüchtete aus der Ukraine in der EU aufgenommen worden – knapp eine Million in Deutschland. Die Gesamtheit dieser Fluchtbewegungen stellt viele Kommunen vor besondere Herausforderungen, so auch die aufnahmebereiten Kommunen des Bündnisses Städte Sicherer Häfen.

Das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ vereint bundesweit Kommunen, die sich als humanitäre Wertegemeinschaft mit hoher Kompetenz in der Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen verstehen. Uns verbindet die grundsätzliche Bereitschaft, aus Seenot gerettete und/oder in überfüllten Aufnahmelagern an den EU-Außengrenzen gestrandete Schutzsuchende *zusätzlich* aufzunehmen. Trotz der besonderen Lage steht das Bündnis zu seiner Haltung, dass jene Kommunen, die Kapazitäten haben, zusätzliche Geflüchtete aufnehmen können sollten.

Das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bekräftigt zudem seine Forderung gegenüber der Bundesregierung, für eine auskömmliche finanzielle und organisatorische Unterstützung der Kommunen zu sorgen. Dies kann auch durch zusätzliche Bundes-Unterstützung der Kommunen bei der Beantragung von EU-Fördermitteln erfolgen. Für die menschenwürdige Unterbringung Geflüchteter sowie eine gelingende Integration und Teilhabe auf kommunaler Ebene braucht es Zeit und ausreichende finanzielle Mittel. Zwingend ist zudem eine ressortübergreifende, pragmatische und lösungsorientierte Kooperation und Kommunikation zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Weiterhin wollen wir jedoch an die humanitäre Katastrophe an den europäischen Außengrenzen und im Mittelmeer hinweisen. Alleine in 2023 sind bisher über 600 Geflüchtete, bei dem Versuch das Mittelmeer zu überqueren, gestorben. Das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ solidarisiert sich ausdrücklich mit der zivilen Seenotrettung. Die Seenotrettungsinitiativen sind solange notwendig, bis Europa eine solidarische Lösung an seinen Außengrenzen gefunden hat.

Koordinierungsstelle des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“

i.A. Mike Schubert, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam



Telefon: 0331 289-0
Telefax: 0331 289-1155
E-Mail:
poststelle@rathaus.potsdam.de
Internet:
www.potsdam.de

Landeshauptstadt
Potsdam
Friedrich-Ebert-Str.
79/81
14469 Potsdam

USt-IdNr.:
DE138408386

Landeshauptstadt Potsdam
Stadtkasse
IBAN: DE65 1605 0000 3502 2215
36
BIC: WELADED1PMB
Mittelbrandenburgische Sparkasse